

Dringlicher Antrag

der Fraktion Die Linke

Kein sozialer Kahlschlag in der Bildung! – Kürzungen, u. a. in der politischen, queeren, kulturellen Bildung und bei Projekten gegen Antisemitismus verhindern!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die offenbar politisch motivierten Kürzungen in Höhe von 7,3 Mio. EUR, u. a. in der politischen, queeren und kulturellen Bildung sowie bei Projekten gegen Antisemitismus und ggf. weitere Kürzungen in den jeweiligen Titeln zurückzunehmen,
 2. bei den Mitteln des Bonusprogramms für Schulen in herausfordernder Lage nicht pauschal 20 Prozent zu kürzen und zusätzlich dafür zu sorgen, dass keine Schule kurzfristig aus dem Programm heraus fällt,
 3. alle Möglichkeit zur Erhöhung von Einnahmемöglichkeiten für den Landeshaushalt zu nutzen, z. B. Erhöhung der Grunderwerbssteuer, Vergnügungssteuer, konjunkturbedingte Kreditaufnahme in 2025 sowie Einsatz für eine Reform oder die Abschaffung der Schuldenbremse in der jetzigen Form auf Bundesebene.
-

Begründung:

Während des Bildungsausschusses am 20.02.2025, wurde die Liste der Senatsbildungsverwaltung mit Kürzungen in Höhe von 7,3 Millionen EUR u.a. bei wichtigen Angeboten der politischen, kulturellen, queeren Bildung sowie bei Projekten gegen Antisemitismus bekannt, die zur Auflösung der dezentralen pauschalen Minderausgabe (des „Defizits“) im Einzelplan 10 Bildung, Jugend, Familie in Höhe von 39 Mio. EUR für 2025 im Bildungshaushalt herangezogen werden soll. Sollten diese Kürzungen umgesetzt werden, würde das den bedrohlichen sozialen Kahlschlag in Berlin fortsetzen.

Zudem zeigt sich bei den von der Senatsbildungsverwaltung aufgeführten Streichungen eine offenbar politisch motivierte Kürzung bei Projekten queerer Bildung (Queer History Month, Fachstelle Queerformat, Queerleben, i-päd) und bei missliebigen Projekten gegen Antisemitismus (KIgA, meet2respect, Ibim e. V.). Andernfalls wäre kaum zu erklären, wieso gerade in diesen Bereich derart stark gekürzt wird.

Auch in der kulturellen Bildung steht ein Kahlschlag bevor. Nach 17 Jahren werden Projekte wie „ErzählZeit“ einfach abgewickelt oder erheblich gekürzt (Kulturagenten, Oper an Schule, Urban dance goes professional). Außerdem sollen weiteren Projekten der kulturellen Bildung, die nicht in der bisher veröffentlichten Liste der Senatsbildungsverwaltung stehen, wie z. B. dem KinderKulturMonat, die Gelder zum 1.4.2025 gekürzt oder ganz gestrichen werden. Viele dieser Kürzungen würden das Ende der Projekte bedeuten, Fachkräfte würden verloren gehen. Bereits gebuchte Veranstaltungen an Schulen müssten abgesagt werden.

Ebenfalls von den Kürzungen betroffen wären zahlreiche Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche (z. B. Sprachbrücken, Ferienschulen am OSZ, Modellkitas für die Integration und Inklusion von Kindern aus Familien mit Fluchterfahrung, Sprungbrettangebote für Vorschulkinder und Elternbildungskurse). Auch die Kürzungen im Bereich produktives Lernen/ Berufsorientierung (z. B. Haus der kleinen Forscher, BOB) wären katastrophal, da es jedes Angebot braucht, damit mehr Schüler*innen nach der 10. Klasse einen beruflichen Anschluss finden.

Die neuerlichen Kürzungen im Jugendbereich (jup! Berlin – Jugendportal für Beteiligung, Kindercircus, Streetwork von Gangway) und bei der Gewaltprävention (BIG Prävention) würden das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen erheblich beeinträchtigen.

Dass in Zeiten der massiven Zunahme antidemokratischer Tendenzen bei der Landeszentrale für politische Bildung (Kürzungssumme 200.000 €) und dem Urania Demokratiecampus gekürzt werden soll, ist schlicht nicht zu vermitteln.

Dazu kommt das Vorhaben, beim Bonusprogramm für Schulen in herausfordernder Lage pauschal 20 Prozent der Gelder in 2025 zu streichen. Von diesen Schulen, die einen erhöhten Unterstützungsbedarf haben, sollen 33 Schulen ganz aus dem Bonusprogramm fallen. Ob diese Schulen ab dem 01.04.2025 bis zum Jahresende überhaupt noch Mittel erhalten oder ihnen ab dem 2. Quartal gar keine Bonusmittel mehr gewährt werden, ist unklar. Auch hier wären die Konsequenzen, dass wichtige Angebote z. B. bei der Sprachförderung eingestellt werden und auch bei der Schulsozialarbeit Personal wegfallen würde.

Der Berliner Senat muss diese angekündigten Kürzungen zurücknehmen und stattdessen alle Einnahmemöglichkeiten nutzen, die bisher seitens des Senats nicht ausgeschöpft wurden. Dafür haben wir als Linksfraktion bereits konkrete Vorschläge unterbreitet. An den angekündigten Kürzungen festzuhalten, wäre fatal. Es muss alles dafür getan werden, Berlin als soziale Stadt erhalten und zu stärken und für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen.

Berlin, den 25.02.2025

Helm Schulze Brychcy Dr. Lederer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke